

Wirtschaftsverfassungs- und Wirtschaftsverwaltungsrecht

Frotscher / Kramer

8., überarbeitete und ergänzte Auflage 2024
ISBN 978-3-406-80166-2
C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei
[beck-shop.de](https://www.beck-shop.de)

Die Online-Fachbuchhandlung [beck-shop.de](https://www.beck-shop.de) steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.

[beck-shop.de](https://www.beck-shop.de) hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird [beck-shop.de](https://www.beck-shop.de) für sein

umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Schriftenreihe
der Juristischen Schulung
Band 103



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Wirtschaftsverfassungs- und Wirtschaftsverwaltungsrecht

Eine systematische Einführung
anhand von Grundfällen

begründet von

Dr. Werner Frotscher †

em. o. Professor an der Universität Marburg
ehem. Richter am Hessischen Verwaltungsgerichtshof

fortgeführt von

Dr. Urs Kramer

o. Professor an der Universität Passau

8., überarbeitete und ergänzte Auflage 2024

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG




beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck.de

ISBN Print 978 3 406 80166 2
ISBN E-Book 978 3 406 80167 9

© 2024 Verlag C.H.Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe GmbH
Am Fliederhorst 8, 99947 Bad Langensalza
Satz und Umschlag: Druckerei C.H.Beck, Nördlingen



chbeck.de/nachhaltig

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.
Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werkes
zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

Vorwort

Ich freue mich, die mittlerweile 8. Auflage dieses Werkes vorlegen zu können. Seit dem Erscheinen der Voraufgabe sind erneut gut fünf Jahre ins Land gegangen, in denen das Wirtschaftsverfassungs- und Wirtschaftsverwaltungsrecht seine bisherige dynamische Entwicklung fortgesetzt hat. Das nimmt nicht wunder in einer Zeit, die immer noch und angesichts der Weltereignisse zuletzt ganz besonders von tiefgreifenden Veränderungen geprägt und von einem daraus resultierenden Reformeifer bzw. (vermeintlichen) Reformzwang erfüllt ist. Die Neuauflage trägt dieser Entwicklung Rechnung und berücksichtigt die geänderte Gesetzgebung und Rechtsprechung mit ihren wichtigsten Neuerungen in allen Bereichen des Öffentlichen Wirtschaftsrechts mindestens bis Ende 2023.

Die 8. Auflage nimmt dabei insbesondere Veränderungen bei politisch sowie rechtlich hoch brisanten und aktuellen Fragen, zB nach der „Wirtschaftssteuerung“ durch den Staat, der Regulierung monopolträchtiger Märkte vor allem im Bereich der Telekommunikation, Energieversorgung oder Eisenbahn, nach der Staatsverschuldung und der Verfassungsmäßigkeit der diversen Programme der Europäischen Zentralbank auf. Weiter ausgebaut und natürlich ebenfalls aktualisiert wurde überdies die bisherige Darstellung des in der Rechtspraxis und Ausbildung immer wichtigeren Vergaberechts.

Neu hinzugekommen ist aus der Feder des Wissenschaftlichen Mitarbeiters *Sebastian J. Kasper* die zusammenfassende Darstellung des Infrastrukturrechts – einer „Querschnittsmaterie“, die nicht nur, aber natürlich gerade auch in Krisenzeiten (man denke nur an die zerstörten Gaspipelines) in den Fokus der Öffentlichkeit kommt, sondern auch juristisch interessante Fragestellungen und Lösungsansätze adressiert.

Die bisherige Konzeption des Buches wurde beibehalten: Die systematische Einführung anhand von Grundfällen verbindet die Vorzüge einer lehrbuchartigen Darstellung mit den Erfordernissen der gutachtlichen Fallbearbeitung, wie sie für die juristische Arbeitsweise kennzeichnend ist. Die Ausrichtung an Grundfällen darf jedoch nicht missverstanden werden: Es soll keine Fallsammlung mit klausurgerechten Musterlösungen vorgelegt, sondern – anhand des jeweiligen Grundfalles – eine systematische Darstellung des entsprechenden Rechtsgebietes erreicht werden. Dabei habe ich mich bemüht, den Fallbezug immer wieder herzustellen, Klausur- und Aufbau Probleme nicht auszusparen und wesentliche Fallfragen – soweit das mit der systematischen Darstellung zu vereinbaren war – auch in Gutachtenform zu erörtern. Um eine schnelle Orientierung hinsichtlich der Falllösung zu ermöglichen, habe ich zudem weiter an dem in der 5. Auflage eingeführten Konzept festgehalten, an das Ende jedes Abschnittes eine knappe und von allen systematischen Erörterungen „befreite“ Lösungsskizze zu stellen.

Eine große Veränderung (und darum findet im Vorwort auch erstmals die Ich- statt der bisherigen Wir-Form Verwendung) war schon, dass mit der 7. Auflage der Begründer und langjährige *Spiritus rector* dieses Werkes *Werner Frotscher* als aktiver Herausgeber ausgeschieden ist und ich seither die alleinige Verantwortung für das Werk trage. Am 1. März 2023 ist *Werner Frotscher* nach langer, sehr tapfer ertrage-

ner Krankheit verstorben, was mich auch noch beim Schreiben dieser Zeilen sehr traurig macht. Mit der ersten Auflage vor genau 30 Jahren hatte er dieses Buch nicht nur „erfunden“, sondern es bis vor Kurzem in seiner unnachahmlichen Art der Wissensvermittlung durch das überaus anschauliche Erklären anhand von Fällen immer weiterentwickelt. Zugleich hat er damit Generationen von Studierenden für das Gebiet des Wirtschaftsverfassungs- und Wirtschaftsverwaltungsrechts interessiert, ja begeistert – darunter auch mich. *Werner Frotscher* hat es über die Jahre verstanden, seine Vorstellung von guter Lehre weiterzutragen, ohne sich neuen Ideen und Entwicklungen zu verschließen – ganz im Gegenteil. Er hat mich damit sehr geprägt, und ich hoffe, ich kann das Werk in seinem Geiste weiterführen, das er mir anvertraut hat. Es soll aber immer auch seinem Andenken dienen und trägt darum weiterhin seinen Namen.

Mein besonderer Dank in Bezug auf die Neuauflage gilt meinen Mitarbeitenden an der Universität Passau, in erster Linie für die Koordination der auf viele Schultern verteilten Arbeit und deren gute Zusammenführung Frau *Maria Mikhaylova* und Frau *Monika Stockinger* aber natürlich auch allen anderen „guten Geistern“, die ihren Beitrag zum (hoffentlich auch bei der Lektüre so gesehenen) Gelingen der Neuauflage geleistet haben. Mein Dank gilt schließlich Frau *Ingrid Boumessid* im Juristischen Lehrstuhl des Verlages C. H. BECK für die angenehme Betreuung der Neuauflage. Von den Leserinnen und Lesern des Buches erhoffe ich mir als nunmehr allein für den gesamten Inhalt Verantwortlicher auch in Zukunft zahlreiche Anregungen und konstruktive Kritik, für die ich mich bereits an dieser Stelle im Voraus herzlich bedanke.

Passau, im Mai 2024

Urs Kramer

Prof. Dr. Urs Kramer
Universität Passau
Institut für Rechtsdidaktik
Dr.-Hans-Kapfing-er-Straße 14b
94032 Passau
Fax: 0851/509-37-2390
E-Mail: urs.kramer@uni-passau.de

Inhaltsverzeichnis

| | |
|--|-------|
| Vorwort | V |
| Abkürzungsverzeichnis | XV |
| Verzeichnis abgekürzt zitierter Literatur | XXIII |
| | |
| § 1. Einführung | 1 |
| I. Die Bedeutung des Faches in Ausbildung und Prüfung | 1 |
| II. Begriffsbestimmung und -abgrenzung | 2 |
| | |
| 1. Teil. Staat und Wirtschaft | 6 |
| § 2. Verfassungsrechtliche Grundlagen | 6 |
| <i>Fall 1: Investitionshilfe für die Energiewirtschaft</i> | 6 |
| I. Gesetzgebungskompetenz | 6 |
| II. Materielle Verfassungsmäßigkeit des Gesetzes: Das Verhältnis von Staat und Wirtschaft | 8 |
| 1. Staatsform und Wirtschaftsform in ihrer geschichtlichen Entsprechung ... | 9 |
| 2. Die Ordnung der Wirtschaft in der Weimarer Reichsverfassung | 13 |
| 3. Der Streit um die „Wirtschaftsverfassung des Grundgesetzes“ | 17 |
| 4. Der Einfluss der EU-Wirtschaftsverfassung | 19 |
| | |
| § 3. Die wirtschaftliche Betätigung der öffentlichen Hand | 22 |
| <i>Fall 2: Unerwünschte Konkurrenz</i> | 22 |
| I. Systematische Einordnung | 22 |
| II. Schranken der kommunalen Wirtschaftstätigkeit | 26 |
| 1. Gemeindefirtschaftsrecht | 26 |
| 2. Grundrechte | 29 |
| 3. Das Gesetz gegen unlauteren Wettbewerb | 30 |
| | |
| § 4. Vergaberecht | 33 |
| <i>Fall 3: Ein „sauberes“ Vergabeverfahren?</i> | 33 |
| I. Entwicklung des Vergaberechts | 33 |
| II. Systematik des Vergaberechts | 36 |
| 1. Zuteilung des Regelungssystems | 36 |
| 2. Aufträge oberhalb der Schwellenwerte | 37 |
| 3. Aufträge unterhalb der Schwellenwerte | 37 |
| III. Voraussetzungen der Anwendbarkeit des Kartellvergaberechts | 38 |
| 1. Der Auftraggeber („Persönlicher Anwendungsbereich“) | 38 |
| 2. Öffentlicher Auftrag bzw. Konzession („Sachlicher Anwendungsbereich“) | 41 |
| 3. Kein Ausnahmefall | 42 |
| IV. Grundzüge des Vergabeverfahrens | 45 |
| 1. Verfahrensgrundsätze | 45 |
| 2. Verfahrensarten | 45 |

| | |
|---|-----------|
| V. Rechtsschutz im Vergabeverfahren | 48 |
| 1. Primärrechtsschutz im Oberschwellenbereich | 48 |
| a) Eröffnung des Kartellvergaberechtsweges | 50 |
| b) Zuständigkeit der Vergabekammer | 50 |
| c) Statthaftigkeit des Nachprüfungsgegenstandes | 50 |
| d) Antragsbefugnis gemäß § 160 II GWB | 51 |
| e) Die Voraussetzungen des § 160 III GWB | 51 |
| f) Formale Anforderungen | 52 |
| g) Inhaltliche Entscheidung | 52 |
| 2. Primärrechtsschutz im Unterschwellenbereich | 53 |
| 3. Sekundärrechtsschutz | 55 |
| | |
| 2. Teil. Der Schutz wirtschaftlicher Tätigkeit durch Grundrechte und Grund- freiheiten | 56 |
| § 5. Freie berufliche Betätigung in der Wirtschaft | 56 |
| <i>Fall 4: Werbeverbote für Apotheker</i> | <i>56</i> |
| I. Art. 12 I GG als Maßstab der verfassungsrechtlichen Prüfung | 57 |
| II. Der Berufsbegriff | 59 |
| III. Der Regelungsvorbehalt des Art. 12 I 2 GG | 61 |
| 1. Berufswahl und Berufsausübung | 61 |
| 2. Die Dreistufentheorie des BVerfG | 62 |
| a) Reine Berufsausübungsregelungen | 62 |
| b) Subjektive Zulassungsvoraussetzungen | 63 |
| c) Objektive Zulassungsvoraussetzungen | 63 |
| IV. Berufsfreiheit und Unternehmensfreiheit | 68 |
| § 6. Eigentumsgarantie, Sozialbindung und Sozialisierung | 71 |
| <i>Fall 5: Atomkraft? Nein danke</i> | <i>71</i> |
| I. Art. 14 GG als Maßstab der verfassungsrechtlichen Prüfung | 71 |
| II. Der verfassungsrechtliche Eigentumsbegriff | 73 |
| III. Die Eigentumsbindung | 76 |
| IV. Die Sozialisierung von Privateigentum | 80 |
| <i>Fall 6: Die Verstaatlichung der maroden Bank</i> | <i>80</i> |
| 1. Allgemeine Bedeutung | 81 |
| 2. Inhalt der Sozialisierung | 82 |
| 3. Gegenstände der Sozialisierung | 83 |
| § 7. Koalitionsfreiheit | 86 |
| I. Der Inhalt der Koalitionsfreiheit | 86 |
| <i>Fall 7: Gewerkschaftsblem am Schutzhelm</i> | <i>86</i> |
| 1. Bedeutung des Art. 9 III GG | 86 |
| 2. Dimensionen der Koalitionsfreiheit | 86 |
| 3. Schranken der Koalitionsfreiheit | 88 |
| II. Der Begriff der Koalition | 90 |
| <i>Fall 8: Die deutsche Fotoindustrie vereinigt sich</i> | <i>90</i> |
| 1. Freiwilliger Zusammenschluss | 90 |
| 2. Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen | 91 |
| 3. Gegnerfreiheit oder Koalitionsreinheit | 91 |
| 4. Tariffähigkeit und Kampfbereitschaft | 92 |

| | |
|--|-----|
| III. Arbeitskampf und Koalitionsfreiheit | 93 |
| <i>Fall 9: Streik und Aussperrung in der Druckindustrie</i> | 93 |
| 1. Unmittelbare Drittwirkung des Art. 9 III 2 GG | 93 |
| 2. Verfassungsmäßigkeit von Streik und Aussperrung | 93 |
| 3. Die sog. selektive Aussperrung | 96 |
| § 8. Die Grundfreiheiten des AEUV und die Unionsgrundrechte | 97 |
| <i>Fall 10: Strenge Vorschriften für Bewachungs- und Sicherheitsunternehmen in Belgien</i> | 97 |
| I. Grundlagen | 97 |
| 1. Die Aufsichtsfunktion der Kommission | 97 |
| 2. Bedeutung und Struktur der Grundfreiheiten | 98 |
| II. Der freie Warenverkehr | 100 |
| III. Der freie Personenverkehr | 102 |
| 1. Die Freizügigkeit der Arbeitnehmer | 102 |
| 2. Die Niederlassungsfreiheit | 104 |
| IV. Die Dienstleistungsfreiheit | 105 |
| V. Die Freiheit des Kapitalverkehrs | 108 |
| VI. Die Unionsgrundrechte | 110 |
| 3. Teil. Rechtliche Grundordnung der Wirtschafts- und Währungspolitik | 113 |
| § 9. Globalsteuerung der Wirtschaft und Stabilität | 113 |
| I. Getrennte Haushaltswirtschaften und Globalsteuerung | 113 |
| <i>Fall 11: Vollbeschäftigung um jeden Preis?</i> | 113 |
| 1. Der Grundsatz der Haushaltstrennung | 113 |
| 2. Das konjunkturpolitische Konzept der Globalsteuerung | 114 |
| 3. Bindung an die Erfordernisse des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichtes | 116 |
| a) Stabilität des Preisniveaus | 117 |
| b) Hoher Beschäftigungsstand | 118 |
| c) Außenwirtschaftliches Gleichgewicht | 119 |
| d) Stetiges und angemessenes Wirtschaftswachstum | 119 |
| II. Kreditrahmenbegrenzung und Überschuldungsverbot | 121 |
| <i>Fall 12: Die umstrittenen Wahlgeschenke</i> | 121 |
| 1. Die verfassungsrechtlichen Vorgaben | 121 |
| 2. Der Einfluss des Unionsrechts | 127 |
| III. Staatsverschuldung und Euro-Rettungsschirm | 130 |
| <i>Fall 13: Rettung vor dem Rettungsschirm</i> | 130 |
| 1. Die Finanz- und Wirtschaftskrise und die Maßnahmen zu ihrer Bewältigung | 130 |
| 2. Die Verfassungsmäßigkeit des Euro-Rettungsschirmes | 132 |
| 3. Die weiteren Maßnahmen zur Rettung des Euro und deren verfassungsrechtliche Beurteilung | 135 |
| § 10. Das Europäische System der Zentralbanken | 138 |
| <i>Fall 14: Die unerwünschte Erhöhung der Mindestreservesätze</i> | 138 |
| I. Die unionsrechtlichen Regelungen im Überblick | 138 |
| 1. Die Entstehung der Europäischen Währungsunion | 138 |
| 2. Rechtlicher und institutioneller Rahmen | 139 |
| 3. Währungspolitische Aufgaben und Befugnisse | 142 |

| | |
|--|------------|
| 4. Die neuen Kompetenzen auf dem Gebiet der Finanzaufsicht | 144 |
| 5. Das OMT-Programm zur Rettung des Euro | 146 |
| 6. Rechtsschutz gegen Maßnahmen der EZB | 150 |
| II. Die Deutsche Bundesbank als Bestandteil des Europäischen Systems der Zentralbanken | 153 |
| 1. Rechtsstellung und Organisation | 153 |
| 2. Verbliebene Aufgaben und Befugnisse | 154 |
| 3. Verhältnis zur Bundesregierung | 155 |
| 4. Teil. Allgemeines Gewerberecht | 157 |
| § 11. Die Gewerbefreiheit | 157 |
| <i>Fall 15: Ein Marokkaner in Deutschland</i> | 157 |
| I. Rechtsnatur der Gewerbebeschränkung | 157 |
| II. Gewerbebeschränkung und Gewerbefreiheit | 159 |
| 1. Historische Entwicklung der Gewerbefreiheit | 159 |
| 2. Begriff und Bedeutung der Gewerbefreiheit im geltenden Recht | 161 |
| § 12. Der Begriff des „Gewerbes“ als Grundlage der Gewerbeordnung | 165 |
| <i>Fall 16: Der Campingplatz</i> | 165 |
| I. Ableitung und Struktur des Gewerbebegriffes | 165 |
| II. Die positiven Begriffsmerkmale („Gewerbsmäßigkeit“) | 167 |
| 1. Erlaubte Tätigkeit | 167 |
| 2. Gewinnerzielungsabsicht | 169 |
| 3. Dauerhaftigkeit | 169 |
| 4. Selbstständigkeit | 170 |
| III. Die negativen Begriffsmerkmale („Gewerbsfähigkeit“) | 170 |
| 1. Keine Urproduktion | 170 |
| 2. Kein freier Beruf | 171 |
| 3. Keine Verwaltung eigenen Vermögens | 172 |
| IV. Die gewerberechtliche Anzeigepflicht | 173 |
| § 13. Gewerberechtliches Instrumentarium | 177 |
| I. Die Gewerbeuntersagung | 177 |
| <i>Fall 17: Gebrauchtwagenhandel</i> | 177 |
| 1. Die Untersagungsermächtigung des § 35 GewO | 177 |
| 2. Materielle Voraussetzungen der Gewerbeausübung | 180 |
| 3. Die gewerbliche Zuverlässigkeit | 180 |
| II. Die gewerberechtliche Genehmigung | 185 |
| <i>Fall 18: Die neu gestaltete Peep-Show</i> | 185 |
| 1. Rechtliche Einordnung der Gewerbe genehmigung | 187 |
| 2. Sach- und Personalkonzessionen | 189 |
| 3. Formen der Genehmigungserteilung | 190 |
| 4. Die Aufhebung der Genehmigung | 190 |
| 5. Nebenbestimmungen zur Genehmigung | 190 |
| 6. Versagungsgründe | 191 |
| 7. Die sofortige Vollziehung einer gewerberechtlichen Verfügung | 197 |
| <i>Fall 18a: Die Peep-Show muss schließen</i> | 197 |
| 8. Das Glücksspielrecht als Beispielfall einer Gewerbe genehmigung | 199 |

| | |
|--|-----|
| § 14. Das Reisegewerbe | 206 |
| <i>Fall 19: Der erfolglose Zeitschriftenwerber</i> | 206 |
| I. Ordnungswidriges Verhalten im Wirtschaftsverwaltungsrecht | 206 |
| II. Stehendes Gewerbe – Reisegewerbe – Marktgewerbe | 207 |
| III. Der Begriff des Reisegewerbes | 209 |
| 1. Die besonderen Merkmale des § 55 I GewO | 209 |
| 2. Rückgriff auf den allgemeinen Gewerbebegriff | 211 |
| IV. Reisegewerbekartenpflicht und Pressefreiheit | 212 |
| § 15. Märkte, Ausstellungen und Messen (Marktgewerbe) | 215 |
| <i>Fall 20: Zulassung zum Cannstatter Volksfest</i> | 215 |
| I. Formen des Marktgewerbes | 215 |
| 1. Messen, Märkte und Ausstellungen | 215 |
| 2. Volksfeste | 217 |
| 3. Private Veranstaltungen | 218 |
| 4. Gewerberechtliche Erfordernisse für Schausteller | 218 |
| II. Marktfreiheit und Zulassungsbeschränkungen | 219 |
| <i>Fall 20 (Fortsetzung)</i> | 219 |
| 1. Teilnahmeanspruch und Marktgestaltungsrechte | 219 |
| 2. Die Sachentscheidungsvoraussetzungen einer Schaustellerklage | 220 |
| 3. Die Auswahlentscheidung nach § 70 III GewO | 222 |
| III. Märkte und Volksfeste als gemeindliche Einrichtungen | 229 |
| 1. Kommunalrecht und Gewerberecht | 229 |
| 2. Gemeinderechtliches Einwohnerprivileg und Dienstleistungsfreiheit nach Art. 56 AEUV | 232 |
| § 16. Ladenöffnungsrecht | 234 |
| <i>Fall 21: Getrübte Verkaufsfreuden</i> | 234 |
| I. Der Ladenschluss nach der Föderalismusreform I | 234 |
| II. Die Verfassungsmäßigkeit ladenschlussrechtlicher Bestimmungen | 238 |
| III. Die Unionsrechtskonformität des Ladenschlusses | 242 |
| IV. Zum Inhalt des Ladenschlussrechts | 243 |
| 1. Sachlicher Anwendungsbereich | 243 |
| 2. Zeitlicher Anwendungsbereich | 244 |
| 3. Ausnahmen | 245 |
| 5. Teil. Besonderes Gewerberecht | 248 |
| § 17. Gaststättenrecht | 248 |
| <i>Fall 22: „Die mit der Pille tanzen“</i> | 248 |
| I. Das Gaststättengesetz als lex specialis zur Gewerbeordnung | 248 |
| 1. Der Begriff des Gaststättengewerbes | 248 |
| a) Stehendes Gewerbe | 249 |
| b) Schank- und Speisewirtschaften | 251 |
| c) Zugänglichkeit für jedermann oder einen bestimmten Personenkreis | 251 |
| 2. Die Zielsetzungen des Gaststättengesetzes | 252 |
| II. Die Gaststättenerlaubnis | 252 |
| 1. Erlaubnispflicht und Erlaubnisvoraussetzungen | 252 |

| | |
|---|-----|
| 2. Sonderformen der Erlaubnis | 253 |
| a) Stellvertretungserlaubnis | 253 |
| b) Vorläufige Erlaubnis | 254 |
| c) Gestattung | 254 |
| 3. Nebenbestimmungen | 254 |
| 4. Rücknahme und Widerruf der Erlaubnis | 255 |
| III. Die Auswirkungen des sog. Hinterbliebenenprivileges | 256 |
| <i>Fall 23: Tatort „Casablanca“</i> | 256 |
| 1. Das Verbot der Betriebsfortführung | 257 |
| 2. Die postmortale Rücknahme der Erlaubnis | 258 |
| 3. Widerruf und Rücknahme des Weiterführungsrechts analog § 15 GastG ... | 258 |
| IV. Der Nichtrauchererschutz in Gaststätten | 260 |
| <i>Fall 24: Rauchen verboten?</i> | 260 |
| 1. Die Nichtraucherchutzgesetze der Länder | 260 |
| 2. Die Verfassungsmäßigkeit des Rauchverbotes in Gaststätten | 263 |
| § 18. Handwerksrecht | 268 |
| <i>Fall 25: „Oles Brotfabrik“</i> | 268 |
| I. Der Meistervorbehalt im deutschen Handwerksrecht auf dem politischen und rechtlichen Prüfstand | 268 |
| II. Der Begriff des „zulassungspflichtigen Handwerkes“ | 273 |
| 1. Stehendes Gewerbe | 274 |
| 2. Handwerksfähigkeit | 274 |
| 3. Handwerksmäßigkeit | 275 |
| III. Formelle und materielle Handwerksrechtswidrigkeit | 276 |
| IV. Die Abgrenzung zum Minderhandwerk und zum Neben- oder Hilfsbetrieb .. | 278 |
| <i>Fall 26: Elektroeinzelhandel und Serviceleistungen</i> | 278 |
| 1. Unterscheidung vom Minderhandwerk | 279 |
| 2. Sonderformen: Handwerklicher Nebenbetrieb und Hilfsbetrieb | 280 |
| § 19. Das Verkehrsgewerbe | 283 |
| I. Der Güterkraftverkehr | 284 |
| <i>Fall 27: Schaumstoff und Fremdtransporte</i> | 284 |
| 1. Die Liberalisierung des Güterkraftverkehrsrechts | 284 |
| 2. Anwendungsbereich des Güterkraftverkehrsgesetzes | 285 |
| 3. Genehmigungspflicht und Genehmigungsvoraussetzungen für den gewerblichen Güterkraftverkehr | 286 |
| 4. Die EU-Gemeinschaftslizenz für den grenzüberschreitenden Verkehr | 288 |
| II. Die Personenbeförderung auf der Straße | 289 |
| <i>Fall 28: Betriebspflichten eines Taxiunternehmers</i> | 289 |
| 1. Anwendungsbereich des Personenbeförderungsgesetzes | 289 |
| 2. Genehmigungspflicht und Genehmigungsvoraussetzungen | 290 |
| 3. Betriebs- und Beförderungspflicht | 294 |
| 4. Die Problematik sog. „Sharing Economy“-Modelle | 296 |
| III. Der Eisenbahnverkehr | 300 |
| <i>Fall 29: Die umkämpfte Streckenstilllegung</i> | 300 |
| 1. Die Reform des Eisenbahnrechts | 300 |
| 2. Die Trennung von Netz und Betrieb | 302 |

| | |
|--|------------|
| 3. Die Eisenbahnaufsicht | 303 |
| 4. Die Stilllegung von Eisenbahninfrastruktureinrichtungen | 304 |
| a) Der Rechtsschutz Dritter | 304 |
| b) Formelle und materielle Voraussetzungen der Stilllegung | 306 |
| § 20. Infrastrukturrecht | 310 |
| <i>Fall 30: Streit um die Stromtrassen</i> | <i>310</i> |
| I. Begriffsbestimmung und Relevanz für das Öffentliche Wirtschaftsrecht | 310 |
| II. Allgemeines zu Zuständigkeit und Verwaltung im „Infrastrukturrecht“ | 314 |
| 1. Verkehrsinfrastrukturverwaltung | 315 |
| a) Bundesautobahnen und Bundesstraßen des Fernverkehrs | 315 |
| b) Eisenbahninfrastruktur des Bundes | 317 |
| c) Bundeswasserstraßen und Schifffahrtsanlagen | 318 |
| d) Luftverkehr | 319 |
| 2. Netz-/Leitungsinfrastrukturverwaltung | 321 |
| a) Energieversorgung: Elektrizitäts-, Gas- und Wasserstoffinfrastruktur .. | 321 |
| b) Kommunikationswege: Post und Telekommunikation | 322 |
| III. Errichtung und Ausbau der Infrastruktur | 323 |
| IV. Erhalt und Pflege von Infrastruktur | 324 |
| V. Entsorgung bzw. Rückbau von Infrastruktur | 325 |
| VI. Rechtsschutz | 325 |
| VII. Prozessuale Sondervorschriften | 328 |
| § 21. Regulierungsrecht | 331 |
| <i>Fall 31: Der lange Weg zum Ökostrom</i> | <i>331</i> |
| I. Die Entstehung des Regulierungs(verwaltungs)rechts | 331 |
| II. Die Regulierung im Bereich des Energiesektors | 334 |
| 1. Die Vorgaben zur Entflechtung (Unbundling) | 338 |
| 2. Der Anspruch auf Netzanschluss und Netzzugang | 342 |
| 3. Der Anspruch auf Netzübertragung | 345 |
| 4. Die (reduzierte) Regulierung im Wettbewerb der Versorgungsunternehmen .. | 347 |
| 6. Teil. Subventionierung wirtschaftlicher Tätigkeit | 350 |
| § 22. Rechtliche Grundlagen | 352 |
| <i>Fall 32: Investitionszulagen für die „Kipp und Most KG“</i> | <i>352</i> |
| I. Der Subventionsbegriff | 352 |
| 1. Keine Beschränkung auf Wirtschaftssubventionen | 352 |
| 2. Direkte und indirekte Subventionen | 354 |
| 3. Subventionsarten und -formen | 354 |
| II. Die EU-Beihilfenkontrolle | 355 |
| 1. Investitionszuschuss und EU-Beihilfenverbot | 355 |
| 2. Das Verfahren der Beihilfenkontrolle | 358 |
| III. Der Anspruch auf Subventionierung nach dem Koordinierungsrahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ ... | 360 |
| § 23. Das Subventionsverhältnis | 366 |
| <i>Fall 33: Die Kürzung der Ausbildungsplatzprämie</i> | <i>366</i> |
| I. Begründung und Ausgestaltung des Subventionsverhältnisses | 366 |
| 1. Subventionsgewährung als unmittelbare Verwaltungsaufgabe | 366 |

| | |
|---|-----|
| 2. Einstufige und zweistufige Subventionsverhältnisse | 367 |
| 3. Die Konstruktion der Subventionsvergabe als Verwaltungsvertrag | 368 |
| II. Rückabwicklung des Subventionsverhältnisses | 369 |
| 1. Widerrufs- und Erstattungs Voraussetzungen | 369 |
| 2. Ermessensausübung und -begründung | 371 |
| 3. Rücknahme von unionsrechtswidrigen Subventionsbescheiden | 372 |
| <i>Fall 34: Die unionsrechtswidrige Beihilfe</i> | 372 |
| 7. Teil. Selbstverwaltung der Wirtschaft | 379 |
| § 24. Das Kammersystem | 379 |
| <i>Fall 35: Kammerzugehörigkeit wider Willen</i> | 379 |
| I. Wirtschaftsselbstverwaltung als öffentliche Verwaltung | 379 |
| 1. Rechtsstellung und Aufgaben der Industrie- und Handelskammern | 379 |
| 2. Abgrenzung gegenüber Wirtschaftsverbänden | 381 |
| 3. Wirtschaftsselbstverwaltung und berufsständische Selbstverwaltung | 382 |
| II. Voraussetzungen der Kammerzugehörigkeit | 383 |
| III. Zwangsmitgliedschaft und Verfassung | 386 |
| 1. Vereinbarkeit mit Art. 9 I GG | 386 |
| 2. Vereinbarkeit mit Art. 12 I GG | 387 |
| 3. Vereinbarkeit mit Art. 2 I GG | 388 |
| IV. Zwangsmitgliedschaft und „allgemeinpolitisches Mandat“ | 390 |
| <i>Fall 36 (Fortsetzung von Fall 35): Streit um die Kammerzeitschrift</i> | 390 |
| § 25. Die Innungen im Handwerk | 394 |
| <i>Fall 37: Keine Aufnahme in die Schornsteinfegerinnung</i> | 394 |
| I. Die Organisation der Handwerksselbstverwaltung | 394 |
| II. Das Recht auf Aufnahme in die Innung | 398 |
| Sachverzeichnis | 401 |